

Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft

Gleichung mit vielen Unbekannten

Premier Juncker: Am Budgetentwurf ändert sich vorerst nichts

VON JOELLE MERGES

Zwei Stunden nahm sich Jean-Claude Juncker gestern Morgen Zeit, um sich die Sorgen des Unternehmerverbands UEL ob der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft anzuhören. Drei Stunden dauerte indes am späten Nachmittag die Sitzung des parlamentarischen Finanzausschusses, in der der Staats- und Finanzminister einen Einblick in die aktuellen Wirtschaftsdaten gab.

Und diese Daten bergen teils gute, teils schlechte Nachrichten: Die gute Nachricht ist, dass die Inflation sich im kommenden Jahr bei 2,2 Prozent einpendeln soll – knapp über jener Zwei-Prozent-Marke also, die der Premierminister vor nicht allzu langer Zeit als Voraussetzung für die Rückkehr zur Index-Normalität anvisiert hatte.

Die schlechte Nachricht ist demgegenüber das langsame Wirtschaftswachstum. 1,2 Prozent sagt die EU-Kommission dem Großherzogtum für 2009 voraus. Der Etatentwurf für das kommende Jahr geht jedoch von Wachstumsraten in Höhe von drei Prozent aus. Dennoch sieht der Premier keinen Grund, die Grundausrichtung des Budgets 2009 in Frage zu stellen. Im Gegenteil: In

schwierigen Zeiten wie diesen sei es besonders wichtig, die öffentlichen Investitionen auf hohem Niveau zu halten, damit die Privatwirtschaft, der schon die Exportmärkte wegbrächen, nicht auch noch unter öffentlichen Sparmaßnahmen leide.

Diese Versicherung gab die Regierung gestern Morgen auch der UEL mit auf den Weg, die sich mit einem acht Punkte umfassenden Forderungskatalog an die Ministeriege um Jean-Claude Juncker gewandt hatte. Darin enthalten ist unter anderem die Förderung nach einer Fortsetzung des staatlichen Investitionsprogramms und nach den geplanten Steueranpassungen für die Unternehmen und die Privathaushalte, ebenso wie der Wunsch, die Regierung solle die Banken auf ihre Kreditgeschäfte hin überprüfen. Einem Ansinnen, dem das Kabinett Rechnung trug. Binnen zwei Wochen soll eine Arbeitsgruppe eine Antwort auf die Frage liefern, ob die Finanzinstitute genügend Darlehen genehmigen, ob die Unternehmen also weiter investieren und Wert schöpfen können.

Keine Abstriche will Jean-Claude Juncker auch bei den Steueranpassungen machen. Denn diese Maßnahmen sollen die Kauf-

kraft ankurbeln, wobei die Verbraucher ihre Einkäufe allerdings in erster Linie im Großherzogtum tätigen sollen. Denn wenn das Weihnachtsgeschäft einbricht, dann „haben wir ein Riesenproblem“, mahnt der Premier.

Eine Theorie, gegen die auch die Mitglieder des parlamentarischen Finanzausschusses wenig einzuwenden hatten, die sie aber auch nicht voll überzeugte. Dazu beinhalte die Gleichung der Regierung zu viele Unbekannte, meinte etwa Félix Braz (Déi Gréng). Einig war man sich aber darin, dass es zum gegebenen Zeitpunkt vollkommen falsch wäre, von den Steuerbegünstigungen abzusehen und die Investitionen zurückzuschrauben. „Die Regierung soll ihr Steuerpaket durchziehen, auch wenn wir am Ende mit einem Haushaltsdefizit dastehen“, empfahl der Vorsitzende des Finanzausschusses, Laurent Mosar (CSV). Danach sieht es derzeit gottlob nicht aus. Die EU-Kommission sagt dem Großherzogtum für das kommende Jahr einen Überschuss von 1,3 Prozent des BIP voraus – wenn die Steuermaßnahmen denn bis dahin greifen. Und wenn die Weltwirtschaft nicht vollständig zusammenbricht.